

SCHAROTL

Herausgegeben von der Radgenossenschaft der Landstrasse



Jahrgang 39 Ausgabe 2
Juni 2015 erscheint vierteljährlich

Inhalt

3	Editorial
4-5	Kurzmeldungen
6	Gut angelaufen—400 Persönlichkeiten haben unterzeichnet
7	Petition Deutsch
8	Petition Französisch
9	Lebensraum für Fahrende
10	Offizielle Plätze
11	Appetithäppchen aus unserem Fotoarchiv im Dokumentationszentrum
12-13	Verbreitetes Unwissen über die Roma
14	Gedanken zur Lage—Nein zu einem Ethno Zoo der Minderheiten
15	Non à un ethno-zoo des minorités
16-19	Medienrundschau

Unser Dokumentations- und Begegnungszentrum

Das Dokumentationszentrum der Radgenossenschaft dient Schulklassen und anderen Interessierten dazu, sich näher über die Jenischen, Sinti und Roma zu informieren. Andererseits bietet es journalistisch und wissenschaftlich Arbeitenden Materialien für vertiefte Recherchen.

Radgenossenschaft der Landstrasse,
Hermetschloostrasse 73
8048 Zürich
044 432 54 44
(Bus 31 bis Haltestelle Micafil)

Editorial

Unser Ehrenpräsident Robert Huber hat uns seine Unterstützung für die Petition zur Anerkennung der Jenischen und Sinti und für ihre richtige Benennung mitgeteilt, er stehe voll dahinter. Nicht nur weil er lange Jahre Präsident der Radgenossenschaft war. Sondern weil er im wahrsten Sinn ein „Betroffener“ ist.

Robert Huber lebt heute in einem Seniorenheim. Lieber wäre er noch in einem Wagen oder einem Chalet auf einem Platz. Aber derzeit fehlt ein Platz, wo alte Angehörige der Jenischen und Sinti wie bisher weiterleben könnten. Wir haben die Schaffung eines solchen Seniorenplatzes deshalb zu unserem Anliegen gemacht. Nun lebt Robert Huber also in einem Heim. Aber von Rechts wegen gilt er als „Fahrender“. Viele freiwillig oder unfreiwillig sesshaft lebende Jenische und Sinti gelten als „Fahrende“. Das ist so absurd, wie wenn Bündner als „Jäger“ gelten würden, und Basler als „Fasnächtler“. Oder es ist wie einst, als Frauen „mitgemeint“ waren, wenn von Männern die Rede war.

Unsere Petition will das ändern. Wir sammeln weiter Unterschriften und bitten Euch, uns Eure Unterstützung für diese Petition mitzuteilen, alle können das tun, die unsere Meinung teilen. Wir sind Jenische und Sinti und wollen so genannt werden. Denn ein Volk, das keinen Namen hat, ist kein Volk. Die „Fahrenden“, die glauben, sie brauchten diese Anerkennung nicht, sollten über die eigene Nase hinausschauen. Sie sollen an die Kranken denken, an die Alten, an alle Kinder der Pro-Juventute-Aktion, die unfreiwillig sesshaft gemacht wurden, und an deren Kinder. Wollen wir sie nachträglich alle selber ausschliessen? Nein, die Jenischen und Sinti haben sowohl Angehörige, die im Wagen auf die Reise gehen, wie andere, die sesshaft leben. Aber beide sind Opfer einer jahrzehntelangen Verfolgungspolitik deren Folgen leider bis

heute weiterwirken. Und wir wünschen beiden einen schönen Sommer. Die gleiche Sonne scheint für alle.

Daniel Huber, Präsident

Editorial

Notre président d'honneur, Robert Huber, nous a communiqué son plein soutien pour la pétition qui aspire à la reconnaissance des Yéniches et des Manouches/Sinti en tant que minorités nationales et demande l'appellation correcte de nos groupes ethniques. Il fait cela pas seulement par conviction en tant qu'ancien président, mais aussi puisqu'il est personnellement concerné par la question.

Robert Huber vit aujourd'hui dans une maison de retraite. Il préférerait de vivre dans le Scharotl ou dans un chalet sur une place. Selon la formulation de loi il appartient aux „gens du voyage“ comme beaucoup de Yéniches ou de Manouches/Sinti qui vivent dans des appartements – par libre volonté ou contraints par les circonstances. Les appeler „gens de voyage“ ou „Fahrende“ c'est si absurde comme si on appellerait les hommes du Grison „chasseurs“ ou les Bâlois des „gens de carnaval“. Il sont des Yéniches, des Sinti et sont fier de l'être.

Notre petition veut remplacer le terme technique par nos propres noms. Il y a parmi nous des anciens, des malades et des enfants volés de leur parents par Pro Juventute, des colporteurs et commerçants vivant dans les maisons; nous ne voulons pas les exclure de notre peuple nous-mêmes. Le même soleil rayonne pour nous tous. Nous vous demandons de soutenir notre petition en signalant cette volonté par quelque voie que ce soit.

Daniel Huber, Präsident

Zum Titelbild

Wir freuen uns: Am Samstag, 28. März fand die Generalversammlung der Radgenossenschaft statt in grosser Einheit von Jenischen und Sinti (Manischen), samt der Westschweiz (Albert Baras, Präsident JMS). Das Bild zeigt den neuen Verwaltungsrat: Daniel Huber (Präsident), Fino Winter, Iris Graf, Elias Bader, Pascal Gottier, Hans Gemperle - entschuldigt abwesend: Ronald Gruber, Jean-Battiste Birchler - und den Geschäftsführer Willi Wottreng. Wir sind vereint und gestärkt für unser Volk.

Buchankündigung: „Kleine Freiheit“

Jenischen Alltag jenseits der Klischees in Wort und Bild will das Buch zeigen, das demnächst erscheint. Die Autorin Michèle Minelli und die Fotografin Anne Bürgisser haben Schweizer Jenische über zwei Jahre auf Durchgangsplätzen besucht und auf Veranstaltungen begleitet. Ihre Reportagen und Porträts hinterfragen Klischees. Sie wollen zeigen, wie Jenische den Spagat zwischen Anpassung und Freiheit schaffen und wo Verständigung zwischen der Welt der Sesshaften und der Welt der Fahrenden möglich ist.

Michèle Minelli, Fotografien von Anne Bürgisser, Kleine Freiheit – Jenische in der Schweiz, Verlag „Hier und Jetzt“, 224 Seiten, 150 Abb., Fr. 49.- (Erscheint Ende August 2015)

Wir trauern um Tschavo Minster

Tschavo ist von uns gegangen. Er war ein Gesicht der Sinti und Jenischen. Viele haben ihn als Musiker erlebt, etwa an der Fecker-Kilbi. Oft wurde er fotografiert mit seinem eindrucklichen Äusseren und seinem gewinnenden Wesen. Immer war er freundlich, immer mit einem Lächeln unterwegs, ein Freund der Radgenossenschaft und bei Anlässen stets dabei, ohne sich hervorzutun. Wir drücken Martha Minster unser tief empfundenes Beileid aus.



Bundeshaus in Bern von Ernst Spichiger

Das Bild auf unserer Petition zeigt das Bundeshaus in Bern. Davor ist ein Camp von Fahrenden. „Miteinander statt gegeneinander“ steht im Himmelsbogen. Der jenische Maler Ernst Spichiger hat das Bild 2014 gemalt. Das Gemälde befindet sich heute bei der Cooperation Jenische Kultur, der Spichiger Anfang 2015 sein Lebenswerk übergeben hat. Danke Ernst. Ernst Spichiger zieht sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Er schreibt uns:

„Ich wollte mich verabschieden, bei den Freunden, die ich lieb gewonnen habe und denen, die uns den Rücken gestärkt haben. (...) Ich möchte mit meiner Lebenspartnerin den letzten Weg gehen, weil uns die Gesundheit zu schaffen macht. Den Sinti, Roma, Jenischen und Minderheiten, wünsche ich alles Gute. Ich bin stolz ein Jenischer zu sein.“

Unterstützung durch die Roma Foundation

Die Roma Foundation schreibt uns: „Jede Minderheit sollte unter ihrem eigenen Namen anerkannt sein. Leider ist es in der Schweiz nicht der Fall, und Jenische, Sinti und Roma sind generell unter „Fahrende“ bekannt. Die Roma Foundation unterstützt die Petition der Radgenossenschaft der Landstrasse bezüglich Selbstbezeichnung und Anerkennung als Minderheit der Fahrende, seien es Jenische, Sinti und Roma.“

Eine weitere Stimme

Doris Boesch unterstützt die Petition zur Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheit weil: „Fahrende Verwandte wurden 1910 in Netstal GL fremdplatziert. Väterlicherseits gehöre ich zu den Walsern, ein Volk, das in seiner Eigenständigkeit in der Schweiz schon längst anerkannt ist. Diese Zerrissenheit soll endlich ein Ende finden, so dass wenigstens meine Söhne mit Stolz sagen können : Ich habe Jenische und Walser Wurzeln, und bin dankbar und stolz. Unterschreibe auch Du die Petition auf <http://tiny.cc/PetitionJenische>“

Missbräuchliche Verwendung von Personenbildern

Wir erleben vermehrt, dass Zeitungen und Fernsehredaktionen zu ihren Artikeln Fotos lebender Menschen als sogenannte „Symbolbilder“ missbrauchen, oft ohne direkten Zusammenhang zwischen Person und Text. Viele Jenische haben sich schon darüber beschwert. So zeigt etwa die Weltwoche Nr. 13/2015 zu einem Artikel über angeblich überdurchschnittliche „Sozialhilfe-Quoten“ von Jenischen und Fahrenden das Bild eines jungen Familienvaters mit zwei Kleinkindern vor einem Wohnwagen. Details auf dem Foto identifizieren die Abgebildeten Personen als „Schweizer Fahrende“. Der Verein Schäft qwant hat gegen die derartige Verwendung von Fotos eine Beschwerde beim Presserat eingereicht.

Bewegung Schweizer Reisende

Die Bewegung der Schweizer Reisenden teilt via Facebook am 30. April mit: „Statement Verein Bewegung der Schweizer Reisenden: Nach wie vor agieren wir autonom. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wird nicht angestrebt und stand nie zur Diskussion.“ Weiter stellt sie fest: „Wir erhalten keine Subventionen und werden auch in Zukunft keine finanzielle Hilfe annehmen, da wir uns nicht vertraglich binden werden, wie lassen.“

Sommerferien der Radgenossenschaft

Das Büro der Radgenossenschaft bleibt vom 27. Juli 2015 bis 10. August 2015 geschlossen. Wir wünschen allen Jenischen, Fahrenden, Sinti und Sesshaften eine schöne Sommerzeit und viel Erholung.

Gut angelaufen— 400 Persönlichkeiten haben unterzeichnet

Die Petition zuhanden des Bundesrates für die Anerkennung der Jenischen und Sinti und für ihre richtige Benennung ist gut angelaufen. Die Initianten haben sie in ihren eigenen Publikationsmitteln publiziert und ausgewählte Persönlichkeiten um ihre Unterstützung angefragt. Mehr als 400 Zustimmungserklärungen sind im Haus. Wir danken für jede weitere Unterstützungszusage, die uns per Mail oder anderswie erreicht.

Initianten:

Radgenossenschaft der Landstrasse
Cooperation Jenische Kultur
Organisation Jenisch-manisch-Sinti JMS
Verein schäft qwant
Komitee Sinti Bern

Albert Barras, Daniel Huber, Robert Huber (Ehrenpräsident der Radgenossenschaft), Venanz Nobel, Fino Winter (Sinto), Willi Wottreng

Unterstützende Organisationen:

Zigeunermission / Gesellschaft für bedrohte Völker, Schweiz, GfbV / Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, GMS / Caritas Zürich / Rroma Foundation / Verein Romano Dialog / Association Mesemrom, Genève

Auswahl aus den ersten Zustimmungserklärungen:

MC Anliker, Kulturunternehmer, Thun / Gabrielle Baur, Filmemacherin / Madlaina Bundi, Verlegerin „Hier und jetzt“ / Max Elmiger, Direktor Caritas Zürich / Sara Galle, Historikerin / Antoine F. Goetschel, Rechtsanwalt / Thomas Huonker, Historiker / Bernhard Jurmann, Sozialarbeiter / Lilo König, augenauf Zürich / Hannes Lindenmeyer, Präsident ref. Kirchgemeinde Aussersihl / Ueli Mäder, Professor für Soziologie Uni Basel / Dide Marfurt, Musiker / Angela Mattli, Kampagnenleiterin GfbV / Thomas Meier, Historiker / Michèle Minelli, Schriftstellerin / Giusep Nay, alt Bundesgerichtspräsident / Jaques Picard, Historiker / Marianne Pletscher, Dokumentarfilmerin / Ulrike Pook, Bibliothekarin / Katharina Prelicz-Huber, Gemeinderätin Stadt Zürich und Nationalratskandidatin / Kathrin Rieder, Historikerin und Kulturvermittlerin / Martina Rieder, Filmemacherin / Erich Schmid, Filmemacher / Barbara Saladin, Autorin / Nadine Schneider, Museumsleiterin / Bea Schwager, Leiterin der Sans-Papier Anlaufstelle Zürich SPAZ / Martin Schwager, Architekt / Silva Semadeni, Nationalrätin / Silvia Tschui, Schriftstellerin / Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter GfbV / David Winizki, Hausarzt / Pia Zanetti Fotografin / Bernd Zocher, Verleger „Elster“ und „Rio“

Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheiten und ihre Benennung gemäss der Selbstbezeichnung der Minderheiten

Petition an den zuständigen Bundesrat, Herrn Alain Berset, für die Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheiten und die richtige Benennung unserer Volksgruppen

Entschuldigung reicht nicht - Es braucht die Anerkennung



Ein Volk ohne Namen ist kein Volk: Wir verlangen jetzt die Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheiten und ihre Benennung gemäss der Selbstbezeichnung der Minderheiten und ihrer Angehörigen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat

2016 wird es dreissig Jahre her sein, seit Bundesrat Alphons Egli sich im Nationalrat dafür entschuldigt hat, dass die Pro Juventute mit der Aktion „Kinder der Landstrasse“ Hunderte Kinder ihren Familien entrissen hat. Es handelte sich grossmehrheitlich um Kinder von Jenischen wie von Sinti-Familien, von Fahrenden wie von Sesshaften. Die Lebensweise der

„Zigeuner“ sollte vernichtet werden, die Volksgruppen sollten nicht weiter existieren.

Seither ist vieles geschehen, aber zu wenig. Zwar ist die jenische Sprache mittlerweile geschützt und die "fahrende Lebensweise" als Minderheitenrecht anerkannt, es fehlt aber die **umfassende Anerkennung der Volksgruppen** der Jenischen und der Sinti, die mit der Aktion Kinder der Landstrasse verfolgt wurden, als nationale Minderheiten der Schweiz. Es fehlt damit ein wirksamer Schutz ihrer Kultur – Sprache, Geschichte, Bräuche, Selbstorganisationen. Insbesondere sieht sich die grosse Mehrheit der sesshaft lebenden Jenischen und Sinti ohne Minderheiten-schutz. Ihnen droht weiterhin die kulturelle Anonymität.

Es genügt vielen Menschen nicht, dass sie als „Fahrende“ anerkannt sind oder dass die „jenische Sprache“ geschützt ist. Es genügt ihnen nicht, dass nur ein Teil ihrer Lebensweise und Kultur geschützt ist. Wir wollen in diesem Land als Volksgruppe geachtet, anerkannt und genannt sein, vergleichbar den Rätoromanen, die ebenfalls nicht nur wegen eines Teilaspekts ihrer Lebensweise, etwa als „Jägervolk“, anerkannt sind. Ein Volk ohne Namen ist kein Volk. Um die sogenannte Wiedergutmachung zu vollenden, braucht es auch den Schritt zur Anerkennung und zur korrekten Benennung dieser Volksgruppen. Gemäss Rahmenübereinkommen zum Schutz der nationalen Minderheiten, das von der Schweiz unterzeichnet wurde und 1998 in Kraft trat, steht den Angehörigen der Volksgruppen das Recht auf Selbstdeklaration zu. (Dies folgt namentlich aus dem Artikel 3 was auch im neuen „Handkommentar“ zum Rahmenübereinkommen von den Experten mit Nachdruck betont wird – siehe Seiten 164 ff.).

Die unterzeichnenden Organisationen lancieren diese Petition und fordern den zuständigen Bundesrat auf, zum 30-Jahr-Jubiläum der Entschuldigung der Landesregierung in einer eindeutigen Erklärung festzustellen, dass die Jenischen und Sinti in der Schweiz nationale Minderheiten darstellen. Die unterzeichnenden Organisationen unterstützen auch das Recht der Roma, als Minderheiten zu gelten.

Ein Volk ohne Namen ist kein Volk: Wir verlangen jetzt die Anerkennung der Jenischen und Sinti als nationale Minderheiten und ihre Benennung gemäss der Selbstbezeichnung der Minderheiten und ihrer Angehörigen.

Radgenossenschaft der Landstrasse / Cooperation Jenische Kultur / Organisation Jenisch-Manisch-Sinti JMS
Verein schäff qwant

Name	Wohnort	Unterschrift

Petition unterstützen: Online unter: <http://tiny.cc/PetitionJenische> oder eine Mailbestätigung mit Name und Adresse an info@radgenossenschaft.ch

Reconnaissance des Yéniches et des Manouches/Sinti en tant que minorités nationales et pour l'appellation correcte de nos groupes ethniques



Pétition adressée au Conseiller fédéral compétent, Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset, pour la reconnaissance des Yéniches et des Manouches/Sinti en tant que minorités nationales et pour l'appellation correcte de nos groupes ethniques.

L'excuse ne suffit pas – la reconnaissance est indispensable

Un peuple sans nom n'est pas un peuple: Nous exigeons que les Yéniches et les Manouches/Sinti soient reconnus dès maintenant en tant que minorités nationales et qu'ils soient désignés par le nom que ces minorités et leurs proches se donnent eux-mêmes.

Monsieur le Conseiller fédéral,

En 2016, cela fera trente ans que le Conseiller fédéral Alphons Egli a présenté au Conseil national ses excuses pour l'opération « Enfants de la grand-route » au cours de laquelle Pro Juventute avait arraché des centaines d'enfants à leurs familles. Il s'agissait dans la grande majorité d'enfants de familles Yéniches et Manouches/Sinti, gens du voyages ou sédentaires. Le mode de vie des « Tsiganes » devrait être exterminé, les groupes ethniques devaient cesser d'exister.

Depuis, beaucoup de choses ont changé, mais cela ne suffit pas. Bien que la langue yéniche soit désormais protégée et que le « mode de vie mobile » soit reconnu comme droit des minorités, les groupes ethniques des Yéniches et des Manouches/Sinti persécutés par l'opération « Enfants de la grand-route » ne bénéficient toujours pas d'une **reconnaissance globale en tant que minorités nationales de la Suisse**. Dès lors, une protection efficace de leur culture – langue, histoire, coutumes, auto-organisations – n'est toujours pas assurée.

En particulier, la grande majorité des Yéniches et Manouches/Sinti vivant « sédentarisés » est toujours privée de toute protection des minorités. Ils sont toujours menacés de l'anonymat culturel.

Pour beaucoup de gens, la reconnaissance en tant que « gens du voyage » ou la protection de la langue yé-niche ne suffit pas. Tout comme ils peuvent se contenter d'une protection uniquement partielle de leur mode de vie et de leur culture. Nous voulons être respectés et désignés dans ce pays comme une groupe ethnique au même titre que les Romanches qui ne sont reconnus pas uniquement pour un seul aspect partiel de leur mode de vie - comme « peuple de chasseurs » par exemple. Un peuple sans nom n'est pas un peuple. Pour achever la « réparation », la reconnaissance et la désignation correcte de ces groupes ethniques sont nécessaires. Selon la Convention-cadre pour la protection des minorités nationales, signée par la Suisse et entrée en vigueur en 1998, les membres des groupes ethniques ont le droit à l'auto-déclaration. (Ceci ressort notamment de l'article 3 sur lequel les experts du nouveau "Handkommentar" insistent. Voir pages 164 et suivantes.)

Les organisations soussignées lancent cette pétition et demandent au Conseiller fédéral compétent, à l'occasion de l'anniversaire de l'excuse du gouvernement, de stipuler dans une déclaration sans ambiguïté que les Yéniches et les Manouches/Sinti en Suisse sont reconnus en tant que minorités nationales. Les organisations soussignées soutiennent également le droit des Roms d'être considérés comme des minorités.

Un peuple sans nom n'est pas un peuple: Nous exigeons que les Yéniches et les Manouches/Sinti soient reconnus dès maintenant en tant que minorités nationales et qu'ils soient désignés par le nom que ces minorités et leurs proches se donnent eux-mêmes.

Radgenossenschaft der Landstrasse / Cooperation Jenische Kultur / Organisation Jenisch-manisch-Sinti JMS
Association chefft kwant

Nom	Lieu	Signature

soutenir la pétition: Ou online: http://tiny.cc/petition_yeniches

ou envoyer tout simplement un E-Mail avec nom et adresse à info@radgenossenschaft.ch

Wie weiter in Zürich? – es braucht einen zweiten Standplatz

Der bestehende Standplatz Eichrain platzt aus allen Nähten. Es wachsen Jugendliche nach, die auf die Reise gehen möchten, die sich von den Eltern lösen möchten und einen eigenen Lebensraum suchen. Das dringlichste Bedürfnis in Zürich besteht darin, einen zweiten Standplatz zu schaffen für Schweizer Familien im Raum Zürich. Bisher wurden solche Plätze gelegentlich auch „Winterplätze“ genannt. Weil nicht immer alle auf einem Platz im Sommer ausfliegen, schlagen wir vor, von einem „Basisplatz / Standplatz“ zu sprechen.

Einige Fehler, die bei der Schaffung des Platzes Eichrain gemacht wurden, sollen nicht wiederholt werden. Die Erstellung von Gartenhäuschen oder kleinen Geräteschuppen muss möglich sein. Zudem sollte ein solcher Basisplatz einen kleinen Gemeinschaftsraum für Versammlungen, Besprechungen und Anlässe zur Pflege des Gemeinschaftsgeistes enthalten. Ebenfalls sollte von vornherein ein kleiner Spielplatz für die Kinder vorgesehen werden.

Im Kanton Zürich besteht ein Bedürfnis nach weiteren Durchgangsplätzen.

Eröffnung des Platzes in Thun-Allmendingen

Im Juni 2015 konnten wir die Neu-Eröffnung des Durchgangsplatzes Allmendingen bei Thun feiern. Er war vor 25 Jahren geschaffen worden, bietet Platz für 10 bis 15 Wohnwagen und ist nun grundlegend saniert worden. Die neuen Sanitäreinrichtungen haben nun sogar Duschen. Bei der Eröffnung bedankte sich unser Verwaltungsrat Pascal Gottier für die Zusammenarbeit mit den Behörden.

Konflikt in Liestal um ausländische Fahrende

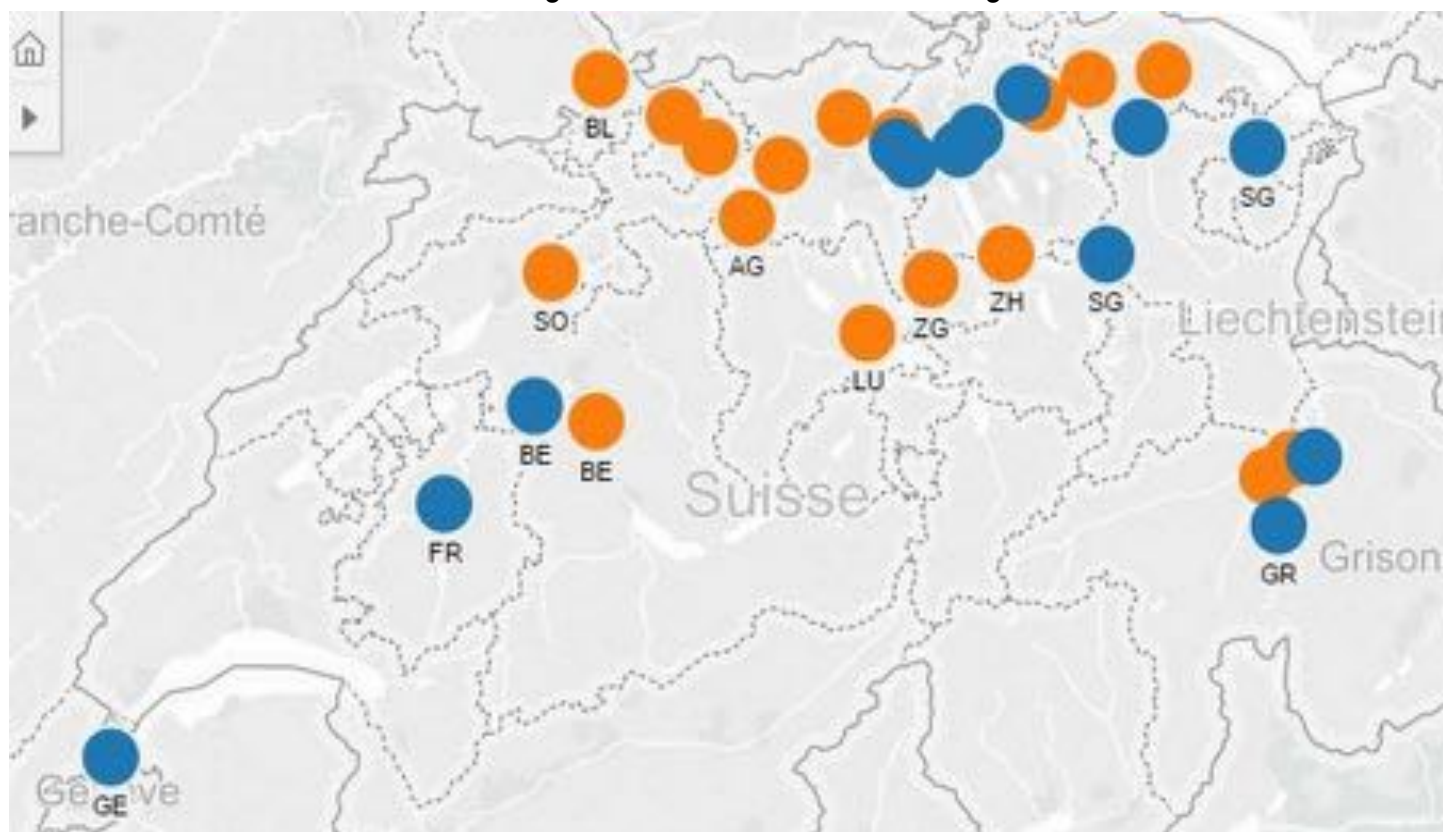
Wie in den letzten Jahren wollte eine Familie auf dem Platz Gräubern in Liestal einige Wochen verbringen. Die Familie stammt aus Deutschland und hat zudem schwedische und französische Wurzeln. Doch die Behörden winkten ab. Der Konflikt ist typisch: Es ist die Pflicht der Kantone, generell Plätze für Fahrende zu schaffen und die Diskriminierung der Schweizer Fahrenden in der Gesellschaft abzubauen. Dies darf aber nicht in eine neue Diskriminierung von ausländischen Fahrenden münden. Die Radgenossenschaft hat sich auch in diesem Sinn geäußert.

Es bewegt sich etwas in der Westschweiz

Die Organisation Jenisch-manisch-Sinti JMS, unsere Vertreterin in der Westschweiz, hat in kurzer Zeit Erfolge zu verzeichnen. Anfang Mai besetzten sie einen Platz in Yverdon-les-Bains (VD), um gegen den Mangel an Stand – und Durchgangsplätzen zu protestieren. Der Kanton Waadt stellte darauf einen provisorischen Platz in Chalet-à-Gabet im Norden von Lausanne in Aussicht, was unsere Freunde in der Westschweiz ablehnten, da er zu nahe an der Kantonsstrasse liegt und für die Kinder zu gefährlich ist. Eine Gruppe zog dann weiter nach Lausanne, auf einem Platz bei der Hotelfachschule. Nach Verhandlungen mit der Stadt erreichten sie am 21. Mai 2015, dass sie bis Ende Oktober bleiben können. Es zeigt sich wieder einmal, was man erreichen kann wenn man zusammenhält. Danke Albert Barras

Offizielle Plätze

Die Liste der Plätze, welche die Radgenossenschaft dem Bund eingereicht hat



Durchgangsplätze:

AG:
Schachen
Zofingen
Windisch
Würenlos

BE:
Allmendingen

LU:
Ibach-Sädel

GR:
Bonaduz
Felsberg

BL:
Liestal
Allschwil
Wittinsburg

SO:
Grenchen

TG:
Weinfelden
Frauenfeld

ZG:
Cham

ZH:
Oberwinterthur
Wädenswil

Standplätze:

FR:
Hauterive

GE:
Versoix

ZH:
Dietikon
Seebach
Kloten
Winterthur-Ohringen

BE:
Buech

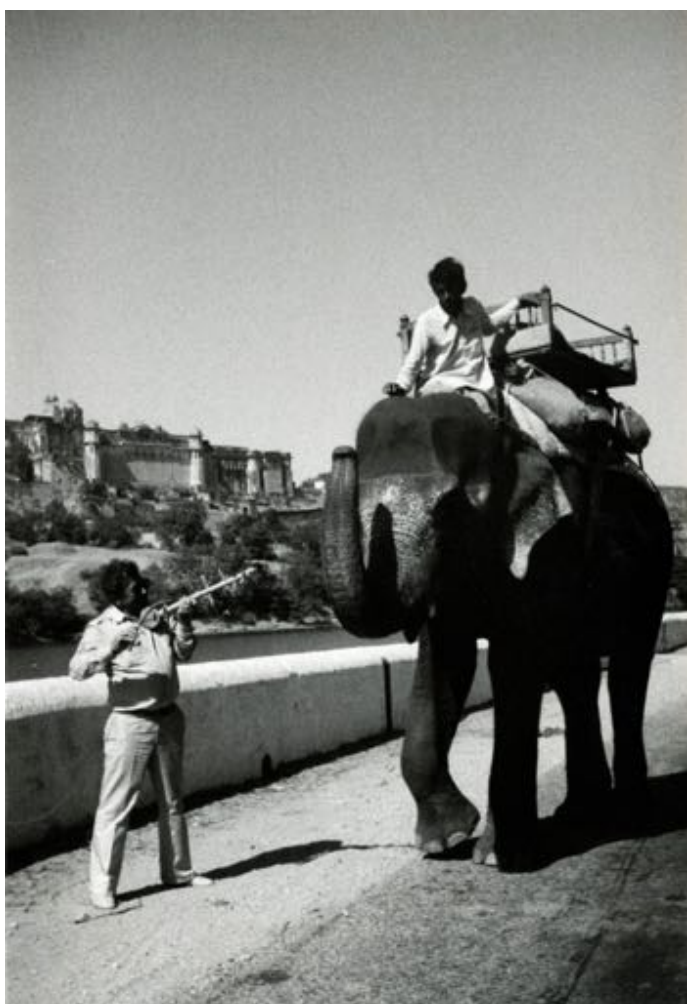
AG:
Spreitenbach

GR:
Chur
Cazis

SG:
Schmerikon
Will
St.Gallen



(Foto Gertrud Vogler)



(Fotograf unbekannt)

Zwei Ereignisse aus der Geschichte unserer Radgenossenschaft

Lido-Besetzung: Am 20. Mai 1985 fahren rund 70 Wagen von Gersau aus, wo die Fecker-Chilbi stattgefunden hat, zum Lido beim Verkehrshaus in Luzern. Acht Wochen richteten sie sich dort ein. „Scharot!“ schreibt: „Die Besetzung des Lido in Luzern war eine historische Tat Und zwar für Jenische wie für Nichtjenische: Unsere Volksgruppe wurde endlich von einer grösseren Menge beachtet.“

Indien-Reise: 1983 flog eine Delegation von Schweizern nach Indien, ins Ursprungsland der Roma, wo sie ein Roma-Festival in der Stadt Chandigarh besuchte. Darunter auch Genoveva Graff, damaliger Präsidentin der Radgenossenschaft. Auf dem Bild neben dem Elefanten Jan Cibula, Gründungsmitglied der Radgenossenschaft und Präsident der Internationalen „Romani-Union“.

Verbreitetes Unwissen über die Rroma

Gast-Text der Rroma Foundation

Im September 2014 hat die Rroma Foundation in Zürich eine Studie über die Berichterstattung über Rroma in den Deutschschweizer Presse der letzten fünf Jahre veröffentlicht. Das Fazit war erschreckend. Als „archaisch, unfähig sich zu integrieren, als Bettler und Diebesbanden oder einfach als Fahrende“ wurden die Rroma von links bis rechts deklariert, Auch wohlgemeinte Absichten, um gegen Stimmungsmache und entsprechende Ängsten in der Bevölkerung entgegen zu wirken, verfehlten oft ihr Ziel. Immer wieder tauchten dieselben Stereotypen auf.

Die aus Indien stammenden Rroma kamen bereits vor dem 10. Jahrhundert im Byzantinischen Reich an. Von dort reisten einige weiter nach Rumänien (ca. 1200) über die Karpathen bis in das heutige Tschechien (ca. 1300). Im Zuge der türkischen Eroberungen im 15. Jahrhundert erreichten die Rroma schliesslich auch Westeuropa. Bis heute ist jedoch über diese Minderheit wenig bekannt. Die Rroma haben mit ihrer Jahrtausende alten Kultur längs ihrer Migrationswege zwar immer wieder die Fantasie der Mehrheitsbevölkerung angeregt. Trotzdem sind sie durch alle Epochen hindurch diskriminiert und verfolgt worden.

Wer sich mit der Situation der Rroma in Europa eingehender befasst, stellt fest, dass die Probleme hausgemacht sind. Nicht die Rroma sind das eigentliche Problem, sondern die Ignoranz und der Unwille der Mehrheitsbevölkerung, daran etwas zu ändern. In Italien beispielsweise müssen aufgrund einer katastrophalen Integrations- und Wohnungspolitik, viele Roma in sogenannten Campi (Lagern) ausserhalb der Stadt wohnen. Diese Ghettosierung vermittelt das falsche Bild von einer fahrenden Lebensweise. All diese Romagruppen sind sesshaft! Ähnlich sieht es in Frankreich aus: Immer wieder sorgen die „Roma-Lager“ im Elsass nahe der Schweizer Grenze für mehrheitlich negative Schlagzeilen in unserem Land.

In den meisten Balkan-Ländern beträgt der Anteil der Rroma ca.10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Viele Rroma leben ebenso in der Schweiz. Aufgrund des schlechten Rufes verschweigen sie ihre Abstammung. Dabei sind die meisten Rroma hier sehr gut integriert und gehen einer geregelten Arbeit nach.

Es gilt zu unterscheiden zwischen dem weitaus grösseren Teil der „nicht fahrenden“ Rroma und den „fahrenden“ Rroma.

Nicht fahrende Rroma:

- a) Schon vor langer Zeit aus allen Teilen von Mittel- und Osteuropa (Polen, Russland, Ungarn, usw.) oder aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Schweiz eingereiste, hier ansässige und integrierte Rroma, mit Abstand grösster Anteil der in der Schweiz lebenden Rroma
- b) Flüchtlinge und Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, besonders dem Kosovo, mit unterschiedlichem Status.

Fahrende Rroma:

Von den 12 Millionen Rroma in Europa beträgt der Anteil der fahrenden Rroma nicht einmal 2 %. Diese stammen praktisch alle aus Westeuropa und können in der Schweiz wie folgt eingeteilt werden:

- a) Einheimische fahrende Sinti bzw. Manouche (sehr kleine Anzahl, nur ein paar Familien)
- b) Sinti aus Deutschland (deutsche Staatsangehörige)
- c) Manouche, Kalderascha, Lowara und Tschurara aus Frankreich, französische Staatsangehörige (grössere Anzahl), verursachen oft die von der Presse genannten Probleme auf den Durchgangsplätzen, aber längst nicht alle
- d) „Unechte Fahrende“, Rroma, die ursprünglich aus dem Balkan stammen und schon jahrelang in den grossen Camps/Ghettos in Italien und Frankreich leben. Einige kommen vor allem aus dem Elsass per Auto in die Schweiz, um hier ihre Geschäfte zu betreiben und dann wieder zurück zu fahren. Viele von ihnen sind dort nur geduldet und ohne eigentlichen Status.

Es wird dabei klar, dass Rroma nicht gleich Rroma sind. Doch meistens werden alle in den gleichen Topf geworfen, mitsamt den Jenischen. Dadurch haben alle mit denselben Vorurteilen und Misstrauen zu kämpfen. Aufklärung, auch innerhalb der Roma wie auch den Jenischen, ist dringend notwendig.

Stefan Heinichen

Rroma Foundation



Roma an einem Fest im Kanton Solothurn; Foto: Urs Walder

Gedanken zur Lage

Nein zu einem Ethno-Zoo der Minderheiten

(Foto : SW)

Früher hielten die „Zigeuner“ am Waldrand, sie zündeten ein Feuer an und sie gingen zu den Bauern schränken. Heute gibt es offizielle Durchgangsplätze – und dies wenig –, wo man sich anmeldet; ein Feuer anzünden ist darauf verboten, und für den Handel braucht es ein eidgenössisches Patent.



Es ist klar, die Angehörigen der Minderheiten der Jenischen Sinti und Roma können sich der gesellschaftlichen Tendenz zur Reglementierung aller Lebensbereiche nicht einfach entziehen. Doch sind sie zu Recht besorgt, dass sie an Eigenständigkeit und Identität verlieren. Es gibt nämlich eine Neigung bei Behörden, den Jenischen, Sinti und Roma vorzuschreiben, was sie tun und lassen sollen. Mit einer Mischung aus Unverständnis und Erziehergeist macht man sich daran, die Problemzone der Minderheiten zu bereinigen.

Der Staat beschafft den sogenannten Fahrenden ein paar Plätze, nicht zu viel. Der Staat sagt, welche Leute zu den Minderheiten gehören und welche nicht, und auch, wie sie heissen. Der Staat will bestimmen, wie sich die Minderheiten organisieren sollen. Er sagt sogar, wie sich die Organisationen intern aufstellen sollen. Kurz: Der Staat hat ein Bild, wie die Jenischen, Sinti und Roma sein sollen. Wohlanständig, in brave Klassen eingeteilt, gehorsam wie Schüler und Schülerinnen, mit einer Art gemeinsamem Jugendparlament, eine exotische Sprache sprechend, und gelegentlich ein Fest organisierend. Er lockt und droht, um seine Ziele zu erreichen.

Die Gefahr besteht, dass da ein Ethno-Zoo aufgebaut werden soll. Jede Minderheit erhält ein Areal, wo sie sich tummeln kann. Und wenn sich die Minderheitsgruppen ans Areal und an die Verhaltensvorschriften halten, werden sie gefüttert, und ein paar Münzen werden ihnen zugesteckt. Genau so, wie einst die Kinder der Landstrasse von den Behörden erzieherisch behandelt und misshandelt wurden.

Aber aufgepasst: Kritisieren wir nicht nur den Staat dafür, dass er die Minderheiten nach seinem Bild formen will. Kritisieren wir uns selber. Wir sind es ja, die solches zulassen oder verhindern können. Wir sind es, die sagen können, was wir wollen. Wir sind es, die unsere Kultur selber gestalten können. Und die dann dem Staat sagen: Unterstützt uns so, wie wir sein wollen. Und nicht so, wie Ihr wollt, dass wir sein sollen. Es gibt nämlich einen Punkt, über den manche Behörden nicht so gern sprechen: das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten.

Willi Wottreng

Non à un ethno-zoo des minorités

(Foto : SW)

Autrefois, les „gitan“ s'arrêtaient à l'orée de la forêt, ils faisaient un feu et allaient proposer leurs marchandises aux paysans. Aujourd'hui, il y a des aires de transit officielles - trop peu -, où l'on s'inscrit; allumer un feu y est interdit, et pour faire du commerce, il faut une licence fédérale.

Il est évident que les personnes appartenant aux minorités des Yéniches, des Sinti et des Roms ne peuvent pas simplement se soustraire à la tendance sociétale de réglementer tous les domaines de la vie. Mais ils craignent à juste titre de perdre de leur autonomie et de leur identité. En effet, les autorités tendent à prescrire aux Yéniches, aux Sinti et aux Roms ce qu'ils doivent faire et ce qu'ils ne doivent pas faire. Avec un mélange d'incompréhension et de pédagogisme, on s'apprête à assainir la zone problématique des minorités.



L'Etat procure aux gens dits du voyage quelques places, pas trop. L'Etat désigne les gens qui font partie des minorités et ceux qui ne le font pas et il décide de leur nom. L'Etat veut imposer aux minorités leur manière de s'organiser. Bref: l'Etat a une idée claire de ce que les Yéniches, les Sinti et les Roms devraient être. Bienséants, regroupés sagement en classes, obéissants comme des élèves, disposant d'une sorte de parlement commun des jeunes, parlant une langue exotique et organisant de temps en temps une fête.

Il y a le risque qu'on essaie ainsi de construire un ethno-zoo. Chaque minorité se voit attribuer un terrain sur lequel elle peut s'ébattre. Et si les groupes minoritaires respectent le terrain et les règles de comportement, ils sont nourris et on leur glisse quelques pièces de monnaie. Exactement à l'image du traitement pédagogique – et de la maltraitance – que les autorités réservaient autrefois aux enfants de la grand-route.

Mais attention: ne critiquons pas seulement l'Etat pour sa volonté de façonner les minorités selon son idée. Critiquons-nous nous-mêmes. Car c'est nous qui pouvons admettre ou empêcher ceci. C'est nous qui pouvons dire ce que nous voulons. C'est nous qui pouvons façonner nous-mêmes notre culture. Et dire à l'Etat: soutenez-nous tels que nous voulons être. Et pas tels que vous voulez que nous soyons. Car il y a une chose dont certaines autorités n'aiment pas trop parler: le droit des minorités à l'autodétermination.

Willi Wottreng

Der Bund; 14. April 2015

Jenische erhalten wieder Geld

Der Streit zwischen Bund und Radgenossenschaft ist beigelegt. Von Anja Burri

(Ausschnitt)

Es war ein ungewöhnliches Vorgehen: Im vergangenen September entzog das Bundesamt für Kultur (BAK) der Dachorganisation der Schweizer Fahrenden das Vertrauen. In einem Brief an die Radgenossenschaft forderte BAK-Chefin Isabelle Chassot einen kollektiven Rücktritt der gesamten Führungsriege der Radgenossenschaft. Nur so sei das BAK bereit, die Radgenossenschaft künftig -finanziell abzusichern. Bisher erhielt die Dachorganisation vom Bund rund 260 000 Franken pro Jahr. Auslöser des für Bundesverhältnisse aussergewöhnlich harschen Schreibens waren mysteriöse Geldprobleme der Radgenossenschaft gewesen. In der Kasse der Organisation fehlten letztes Jahr trotz der Bundesgelder 120 000 Franken.

Nun hat das BAK entschieden. «Wir unterstützen die Radgenossenschaft für ihre Tätigkeiten im laufenden Jahr», sagt Fiona Wigger vom BAK gegenüber dem «Bund». Der Betrag wurde im Vergleich zum Vorjahr um 30 000 Franken auf etwas mehr als 230 000 Franken gekürzt. Für die Radgenossenschaft ist dieser Entscheid dennoch ein Erfolg: Sie erfüllt nämlich eine der Hauptforderungen des BAK nach wie vor nicht. Präsident Daniel Huber ist weiter im Amt und wurde Ende März an der Generalversammlung der Organisation einstimmig wiedergewählt. Er habe sich nichts vorzuwerfen und sehe keinen Grund, sein Amt aufzugeben, sagt Huber auf Anfrage.

«Zukunftsfähiger aufgestellt»

Das sieht nun offenbar auch das BAK so: Ein Revisorenbericht habe keine Hinweise auf deliktische Handlungen hervorgebracht, sagt Wigger. Zudem habe die Radgenossenschaft ihre Finanzen wieder im Griff. Sie verfüge mittlerweile wieder über eine professionelle Geschäftsführung, beteilige sich an der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Fahrenden und halte sich an die Empfehlungen der Buchprüfer. «Heute ist die Radgenossenschaft wieder zukunftsfähiger aufgestellt als noch vor einem Jahr», sagt Wigger.

Kein Platz für Ausländer?

Jenischer-Verein aus Basel erhebt schwere Vorwürfe gegen den Kanton Baselland. Von Annika Bangerter

(Ausschnitt)

Andreas Geringer ist fassungslos. Anfang dieser Woche erhielt er den Anruf einer befreundeten Roma-Familie. Wie in den letzten Jahren wollte die neunköpfige Gruppe auf dem Platz Gräubern in Liestal einige Wochen verbringen. Die Familie stammt aus Deutschland – und hat zudem schwedische und französische Wurzeln. Der Kanton Basel-Stadt stellte ihnen vorgängig die sogenannte Reisegewerbebewilligung aus. Dieses Dokument erlaubt den Erwachsenen, drei Monate pro Jahr in der Schweiz zu arbeiten. Die Grundlage für einen Verdienst der Familie war vorhanden, daraufhin suchten sie ein Grundstück für ihre Wohnwagen. Liestal war ihr Ziel.

Auf dem Durchgangsplatz Gräubern angekommen, erlebte die Familie eine Überraschung: Als ausländische Fahrende dürfen sie den Platz nicht mehr nutzen. «Ausländer verboten»? Die Behörden formulieren es nicht so explizit: Die Verordnung für Fahrende in Liestal hält fest, der Durchgangsplatz stehe für den «befristeten Aufenthalt für Schweizer Fahrende» zur Verfügung. Dennoch: Die Familie aus Deutschland musste – mit Verweis auf diesen Satz – weiterziehen. Nun wohnen sie vorübergehend am Basler Hafen.

Die Verordnung für den Platz in Liestal ist neu, sie trat diesen April in Kraft. In den Jahren zuvor konnten auch ausländische Fahrende in Gräubern Halt machen. «Hinter der Verordnung steht keine Ausländerfeindlichkeit. Mit dieser neuen Verordnung haben wir auf ein Gesuch von Schweizer Fahrenden reagiert. Sie gelangten an uns, weil es schlichtweg zu wenige Plätze für sie gibt», sagt René Frei, Bereichsleiter für Sicherheit und Soziales der Stadt Liestal. Dies bestätigt Daniel Huber, Präsident der Dachorganisation Radgenossenschaft der Landstrasse. Mit dieser Argumentation fühlt er sich jedoch falsch verstanden: «An erster Stelle engagieren wir uns für die Schweizer Fahrenden. Das bedeutet nicht, dass wir ausländische Fahrende diskriminieren. Die Kantone müssen endlich Plätze für beide Gruppen schaffen. So entsteht eine Konkurrenz unter den Minderheiten, die nicht sein darf», sagt Daniel Huber.

Die Verordnung für den Durchgangsplatz Gräubern stammt zwar aus den Amtsstuben von Liestal. Die Grundlage für die Exklusivrechte der Schweizer Fahrenden stammt aber von weitaus höher. Im Februar 2014 hat der Landrat das Gesetz über Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende abgeseignet. Dort lautet der Grundsatz: «Der Kanton und die Gemeinden stellen für die Schweizer Fahrenden auf dem Kantonsgebiet die erforderlichen Stand- und Durchgangsplätze zur Verfügung.» Dieses Gesetz kritisieren sowohl Daniel Huber von der Radgenossenschaft als auch Venanz Nobel vom Jenischen-Verein Schäft qwant scharf. «Das Baselbiet hat keinen Platz für ausländische Fahrende und schliesst diese per Gesetz ausdrücklich aus. Damit wird de facto ein Kantonsverbot geschaffen», sagt Venanz Nobel. Er hat gestern bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus Klage eingereicht.

Der Jurist Tarek Naguib hat bereits früher eine allgemeine Einschätzung zur Nationalitätentrennung auf Fahrendenplätzen verfasst. Die Kritik sei begründet: «Das Baselbieter Gesetz ist verfassungsrechtlich höchst problematisch. Es ist die Pflicht der Kantone, generell Plätze für Fahrende zu schaffen und die Diskriminierung der Schweizer Fahrenden abzubauen. Dies darf aber nicht in einer neuen Diskriminierung von ausländischen Fahrenden münden», sagt Tarek Naguib.

Der Bund, 6. Juni 2015

Stadt stellt zwei Lehrerinnen für fahrende Kinder an

Kinder von Jenischen sollen im Winter Förder- und im Sommer Fernunterricht erhalten.

Von Naomi Jones

Nach den Sommerferien beginnt ein städtisches Pilotprojekt für jenische Schulkinder. Die Schulbehörde hat dazu zwei Lehrerinnen angestellt, wie die Stadt Bern mitteilt. Die Lehrerinnen sollen jenischen Kindern im Sommer Fernunterricht erteilen und sie im Winter in sogenannten Lernateliers fördern. Das Pilotprojekt dauert vorerst drei Jahre. «Wir begrüßen das sehr», sagt Fino Winter. Der Jenische ist Vater dreier schulpflichtiger Kinder. Im Winter lebt die Familie auf dem Standplatz Buech. Die Kinder gingen bereits im Stapfenacker zur Schule, sagt der Vater. Es sei gut, wenn sie auf Reisen könnten und danach doch keine Mühe im Unterricht hätten. «Unser Anliegen ist, dass die - Kinder lesen, schreiben und reisen können», sagt Winter. Wie der Unterricht mit den beiden Lehrerinnen aussehen werde, wisse er aber noch nicht.

Gespräche mit jenischen Eltern

Obwohl das Projekt noch in der Aufbauphase ist, erklärt Schulinspektor Peter Hänni, was geplant ist: «Die Lernateliers funktionieren analog zu Berufsvorbereitungsateliers für Oberstufenschüler», sagt er. Kinder mit schulischen Lücken könnten diese mit individueller Betreuung aufarbeiten. Dafür seien bestimmte Zeiten vorgesehen, in denen die Kinder zur Lehrerin im Atelier statt in den laufenden Unterricht gingen, sagt Hänni. «So kann man bei jedem Kind schauen, wo es steht und was es braucht.»

Die Lernateliers würden in diesem Jahr im Oktober beginnen, erklärt Armin Imstepf. Er ist Schulleiter des Schulhauses Stapfenacker, wo das Pilotprojekt stattfinden wird. Die fahrenden Kinder, die im Winter auf dem Standplatz Buech leben, würden neu alle im Stapfenacker zur Schule gehen und könnten so vom Förderunterricht profitieren.

Die Schule erhalte 20 zusätzliche Lektionen, um die Lernateliers und den Fernunterricht aufzubauen, erklärt Imstepf. Dabei hätten die Lehrerinnen den Auftrag, sich vertieft mit der jenischen Kultur auseinanderzusetzen, sagt er. Dazu gehöre intensive Arbeit mit den Eltern der fahrenden Kinder. «Wir wollen nichts machen, was die Eltern nicht akzeptieren», sagt Imstepf.

Skeptische Jenische

Im kommenden Sommer sollen die Lehrerinnen den Kindern auf Reisen Fernunterricht anbieten. Dieser sei jedoch nicht obligatorisch, sagt Irene Hänsenberger, Leiterin des städtischen Schulamtes. «Wir können die Kinder nicht zwingen, am Fernunterricht teilzunehmen», sagt sie. Dazu brauche es die -Kooperation der Eltern.

Es gebe sehr interessierte Eltern, die für neue Unterrichtsformen etwa via Skype offen seien, sagt Hänsenberger. Andere Jenische seien skeptisch. Die Frage, wie sehr die Schule ein Kind präge, sei ein grosses Thema. «Einige Eltern haben Angst, dass Bildung die Sesshaftigkeit fördert und die jenische Kultur infrage stellt», sagt sie.

Fino Winter bestätigt, dass nicht alle Eltern aus dem Buech das Schulprojekt wollten. Viele Fahrende stünden dem Projekt «Lernen unterwegs», von dem die Lernateliers und der Fernunterricht im Stapfenacker Teil sind, skeptisch gegenüber. «Sie haben Angst, dass Lehrer auf den Platz kommen und kontrollieren», erklärt Winter. Diese Angst erklärt sich aus der jüngeren Schweizer Geschichte. Bis in die 1970er-Jahre nahmen die Behörden jenischen Familien die Kinder weg.

Venanz Nobel von Schäft qwant, einem transnationalen Verein für jenische Zusammenarbeit und Kulturaustausch, will dem Pilotprojekt der Stadt Bern zwar keine Vorschusslorbeeren erteilen, findet aber, es scheine «ganz vernünftig». «Die intensive Zusammenarbeit mit jenischen Eltern ist der richtige Ansatz.» Nobel sagt, er begrüsse auch die bessere Bildung für jenische Kinder, wenn diese damit ihre Kultur und die fahrende Lebensweise weiterentwickeln könnten. Mit der besseren Bildung könnten sie sich allenfalls neue Berufsfelder erschliessen, die sich mit der reisenden Kultur vereinbaren liessen, zum Beispiel in der Online-Branche: «Die Jenischen sind in der Internetwelt aktiv angekommen.»

Nobel bemängelt allerdings, dass die Geschichte und Gegenwart der Jenischen nicht zum allgemeinen Schulstoff gehört. «Dies würde die Akzeptanz der Schule bei jenischen Eltern fördern, und die Kinder würden sich in der Schule gleichberechtigt fühlen.»

VERKAUF, VERMIETUNG UND REPARATUR

Wir wünschen frohe Fahrt

THEUS



CARROSSERIE CHUR
Tel. 081 286 99 77

TABBERT

Dethleffs
Caravans & Motorcaravans

ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag bis Mittwoch: 10.00 - 16.00 Uhr
Termine ausserhalb auf Anfrage

Sommerferien :

27.07.2015 - 10.08.2015

Impressum

Herausgegeben : Radgenossenschaft
der Landstrasse, Verein „Scharotl“
Vereinskonto Scharotl
89-162430-0

Präsidium Geschäftsleitung

Daniel Huber Willi Wottreng

Administration

Scarlette Gruber

Büro

Hermetschloostrasse 73
8048 Zürich
Tel: 044 432 54 44
Fax: 044 432 54 87
Mail: info@radgenossenschaft.ch

Druck

LP Copycenter
8157 Dielsdorf

Redaktion / Inserate

Radgenossenschaft der Landstrasse
Hermetschloostrasse 73
8048 Zürich
Tel: 044 432 54 44
Fax: 044 432 54 87
Mail: info@radgenossenschaft.ch

Jahresabonnement

Fr. 25.00
Erscheint vierteljährlich